

## PROJEKT "SORGENFÄNGERIN" BRAUCHT UNTERSTÜTZUNG

Unser neues "Kreisverbandsmaskottchen", die Sorgenfängerin, möchte gerne im Vogtlandkreis auf Sorgenfang gehen und wäre sehr traurig, wenn sie nicht bei jedem Infostand, jeder Veranstaltung und jedem Stammtisch einmal mit dabei sein dürfte. Entworfen und gefertigt von Ilka Reißner in Plauen, wohnt sie derzeit in Herlasgrün und wartet auf ihren ersten Auftritt. Doch dazu braucht sie Eure Hilfe. Wo kann sie sinnvoll Sorgen aufnehmen? Wo wird ein lustiger Hingucker gebraucht? Idee ist, dass sie, wie ihre kleinen Brüder die Sorgenfresser, die Sorgen der Vogtländer und Vogtländerinnen aufnimmt und wir als Linke dann etwas Sinnvolles daraus machen. Denn es nützt ja nichts, wenn ihr die gesammelten Sorgen anschließend nur schwer im Magen liegen. Dazu braucht sie die Unterstützung von allen Mitgliedern und Sympathisant/inn/en, denn sie kennen



Die Sorgenfängerin

© Sandra Steiner

ihre Orte, Vereine etc. am besten und wissen, wo und wann die Sorgenfängerin gebraucht wird. Sie hofft auch, dass die Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte ihr helfen, falls die gefangenen Sorgen dort bearbeitet werden können.

Die Sorgenfängerin hat bisher vor allem ein fleißiges Helferlein, das allerdings durch den prallgefüllten Terminkalender nicht immer ganz so zuverlässig ist. Es braucht noch viele mehr. Wenn ihr also eine Veranstaltung habt, bei der die Sorgenfängerin vorbeikommen könnte, gebt bitte unter 037439/129288 oder [sandra.steiner@dielinke-vogtland.de](mailto:sandra.steiner@dielinke-vogtland.de) Bescheid. Alternativ können wir auch eine Veranstaltung oder einen Infostand um die Sorgenfängerin herum basteln.

Sandra Steiner

## #AUFSTEHEN

Am heutigen 04.09.2018 startet offiziell die Bewegung „Aufstehen“ die vor allem durch unsere Fraktionsvorsitzende im Bundestag Sahra Wagenknecht und ihrem Ehemann Oskar Lafontaine ins Leben gerufen wurde. Schon weit vor dem Start der Bewegung, noch bevor auch nur über einen einzelnen Inhalt gesprochen wurde, wurde die Bewegung von vielen Leuten verrufen. Vor allem aus der eigenen Partei. Auch auf dem Landesparteitag in Hoyerswerda trugen einige unserer Landespolitiker zum Protest den Hashtag #Sitzenbleiben an ihren Hemden. Mal abgesehen davon, dass mir bei sitzenbleiben sofort die Schule in den Sinn kam, bei der ein Sitzenbleibender nicht unbedingt ein Titel ist, mit dem man sich schmücken sollte, finde ich den Umgang mit der Bewegung unmöglich. Noch kann man inhaltlich ja gar nichts kritisieren. Aber die Chancen die sich ergeben sind immens. Die linken Kräfte im Land zusammenzubringen ist aktuell notwendiger denn je. Kritiker werfen Sahra dabei vor, dass es solche Ideen bisher ja schon gab und sie da nie mit dabei war. Allerdings gibt es einen wesentlichen Unterschied

zwischen den bisherigen Bemühungen um rot-rot-grün (R2G) und der jetzigen Bewegung. Bei R2G wurde immer nur auf der hohen Politikerebene von Partei gesprochen. Vielen Menschen in diesem Land war das aber suspekt, dass man ausgerechnet mit den führenden Köpfen der SPD darüber sprechen soll, wie man etwas besser machen kann, während sie sich regelmäßig wieder für die Groko bücken. "Aufstehen" hingegen wurde zwar von prominenter Stelle angeschoben, soll jedoch von den einfachen Menschen getragen werden. Diese bringen linke Themen und Ideen zusammen, die dann von den Parteien abgearbeitet werden können. In einer solchen Bewegung kann dann vermutlich mehr über Inhalte gesprochen werden und weniger über Personen und Posten, die zu verteilen sind.

Ich oute mich an der Stelle hier ganz offen als Fan der Bewegung. Was jedoch nicht heißt, dass ich nicht auch kritisch beobachten werde. Ich glaube wir sollten als Partei insgesamt schauen, was diese Bewegung schaffen kann und wie wir das für uns positiv nutzen können. Auf jeden Fall sollten

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: [redaktion@dielinke-vogtland.de](mailto:redaktion@dielinke-vogtland.de). Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.09.2018, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.10.2018. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.

wir uns auch intern dazu verständigen, und offen reden. Ich freu mich schon jetzt auf die Chancen die daraus entstehen. Vor allem die Chance, den Rechtsruck zu stoppen und mit linken Themen wieder zur Bevölkerung durchzudringen.

Übrigens sind Revolutionen im Sitzen sicher schwieriger, als wenn wir vorher #aufstehen. In diesem Sinne.

Maik Schwarz

# Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

26. Jahrgang Nr. 10/2018

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €

## Basis ist Boss!

## Regional- und Basiskonferenzen zur Landtagswahl

**Vogtland:**  
Dienstag 23.10.2018, 17 Uhr  
Festhalle Plauen, Äußere Reichenbacher Str. 4, 08529 Plauen

Bild: DIE LINKE / Lars Peters via Flickr | CC BY 2.0

## BASIS IST BOSS - REGIONALKONFERENZ IM VOGTLAND

23.10.2018 – Die Konferenzen zum Mitgliederentscheid

Beteiligung und Mitwirkung werden in unserer Partei zu Recht groß geschrieben. Deshalb sollen sowohl der oder die SpitzenkandidatIn als auch die Schwerpunkte zur Landtagswahl 2019 erstmals über einen Mitgliederentscheid bestimmt werden. Doch die Beteiligung beginnt schon früher: im Internet und auf Regionalkonferenzen des Landesverbandes.

Jede/r, die/der Vorschläge für Schwerpunkte hat, kann diese bis zum 31. Oktober über die Kontaktadressen (Mail: [basis-ist-boss@dielinke-sachsen.de](mailto:basis-ist-boss@dielinke-sachsen.de) oder Post) der Landesgeschäftsstelle einreichen. Dabei sollten die Vorschläge (als Thesen) selbst nicht länger als 150 Zeichen sein, die Begründung, warum das wichtig ist, nicht länger als 500 Zeichen.

Die Thesen werden auf der Internetseite des Landesverbandes veröffent-

licht und auch für Für- und Gegenrede (Länge je 500 Zeichen) freigegeben.

Gleichzeitig werden die Thesen auf den ersten acht Konferenzen vorgestellt. Dort können auch gemeinsam neue Thesen vorgeschlagen werden. Ob an neuen Thesen gearbeitet wird oder schon vorhandene aufgenommen und weiterentwickelt werden, entscheiden die TeilnehmerInnen. Alles, was auf einer Regionalkonferenz erarbeitet wird, wird wiederum in die Landesgeschäftsstelle mitgenommen - zur Veröffentlichung im Internet und zur Weiterreise zur nächsten Konferenz und möglichen Weiterbearbeitung.

Nach dem 30. Oktober stehen die 15 Thesen im Mittelpunkt, die die Grundlage für den Mitgliederentscheid bilden. Gemeinsam werden Pro und Contra erarbeitet und diskutiert. Dabei geht es um die eigene Willensbil-

dung innerhalb der Partei, aber auch schon um die Argumentation der Schwerpunkte in Vorausschau auf die Landtagswahl.

Gleichzeitig dienen die Regionalkonferenzen der Vorstellung der BewerberInnen um die Spitzenkandidatur. Fragen an diese werden zu Konferenzbeginn gesammelt und ausgelost. Dabei wird die Redezeit zur Beantwortung begrenzt sein, um möglichst viele Fragen stellen zu können.

Eine genauere Beschreibung zum Verfahren und zum Mitgliederentscheid findet sich auch hier: [www.dielinke-sachsen.de/basis-ist-boss/](http://www.dielinke-sachsen.de/basis-ist-boss/)

**Termin:**  
23. Oktober 2018 um 17:00  
Festhalle Plauen, Äußere Reichenbacher Str. 4, 08529 Plauen

[www.dielinke-vogtland.de](http://www.dielinke-vogtland.de)
**DIE LINKE.**



## MEHR MITBESTIMMUNG FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Wahlrecht mit 16 einführen!

Anlässlich des heutigen Weltkindertages erklärt Janina Pfau, Kinder- und Jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

Seit 1992 ist die UN-Kinderrechtskonvention für die Bundesrepublik bindend. Darin wurde die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen als ein elementarer Punkt festgeschrieben. Wenn Kinder und Jugendliche schon von klein auf lernen, sich in Entscheidungsprozesse einzubringen, werden sie dieses Recht auch später häufiger wahrnehmen.

In den letzten Jahrzehnten haben sich die Kinder und Jugendlichen in Sachsen schneller entwickelt als manche Amtsstube. Heute ist es nicht mehr nur vorstellbar, sondern dringend erforderlich, das aktive Wahlrecht bei Kommunal- und Landtagswahlen schon ab 16 Jahren zu ermöglichen. Auch sonst gehört die Mitbestimmung junger Menschen ausgebaut. Warum dürfen Jugendliche ab 16 mit der Fahrschule beginnen, aber nicht mitentscheiden können, wie die Straßen aussehen sollten?

Brandenburg, Bremen und Hamburg zeigen, dass das geht: Dort durften die Jugendlichen bereits bei mehreren Wahlen schon mit 16 Jahren ihre Stimmen abgeben. Studien zeigen, dass junge Menschen durchaus in der Lage sind, die Wirkung einer politischen Entscheidung nachzuvollziehen.

Obwohl CDU und SPD in Sachsen im Dezember unseren Antrag zur Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz abgelehnt haben, kämpfen wir weiterhin für die Rechte der Kinder und Jugendlichen und werden im Landtag noch in diesem Jahr eine Änderung des Wahlrechtes auf der Landes- und Kommunalebene vorschlagen.~

## ENTSCHEIDUNG DES LANDESPARTEITAGES

Mitgliederbefragung vor der Landtagswahl!

Bereits im April hat der Landesvorstand beschlossen, dem Landesparteitag eine Richtungsentscheidung vorzuschlagen: "Mehr Mut, mehr Grundsatz, mehr Arbeiten an unserer gesellschaftlichen Vision", das seien die Bitten vieler Ortsverbände und auch die Bitten gesellschaftlicher AkteurlInnen, mit denen der Landesvorstand in Verbindung steht. Es wäre zu fragen, "ob wir im politischen Kleinkram verharren wollen oder ob wir wieder beginnen, mutig zu sein und ein Bild von einer Gesellschaft zu zeichnen, wie wir sie uns vorstellen". Der Landesvorstand werde "dem Parteitag vorschlagen, sowohl die personelle als auch die inhaltliche Vorbereitung der Landtagswahl in die Hände der Mitglieder zu legen. ... Dabei ist zu fragen, was die Menschen umtreibt und welche LINKEN Antworten wir dem entgegensetzen." (B 6 - 086)

In ihrer Eröffnungsrede des Landesparteitages erläuterte Antje Feiks diesen Vorschlag: "Mit dem, was wir heute hier beschließen wollen, sind wir einzigartig. Wir wären die einzige Partei, die es wagt, ihre Mitgliedschaft zu befragen, wenn es darum geht, die Schwerpunkte für die kommende Landtagswahl festzulegen. ... Das erfordert Mut. Mut zum Kontrollverlust. ... Ich glaube an die Weisheit und die Verantwortung der GenossInnen." DIE LINKE Sachsen wolle damit ein Zeichen setzen, wie linke Politik "sein soll, wie sie sein muss."

Selbstverständlich ist die Zielstellung, die Parteimitglieder über die Schwerpunkte unseres Wahlkampfes entscheiden zu lassen, aus vollstem Herzen zu unterstützen. In den Medien war die Parteiführung der Sachsenlinken für dieses Vorhaben bereits gelobt worden. Das Problem ist allerdings: Wie soll erkundet werden, welche Schwerpunkte unsere GenossInnen setzen wollen und welche linken Antworten ihrer Meinung nach auf die drängendsten politischen Probleme gegeben werden müssten? DIE LINKE Sachsen hat mehr als 8.000 Mitglieder, die natürlich auch zum Teil unterschiedliche Antworten auf diese Fragen geben. Diese Meinungen zu erfassen, zu debattieren und zu bündeln ist jetzt eine äußerst verantwortungsvolle Aufgabe unserer Basis, also unserer Kreis- und Ortsverbände und der Mitglie-

der unserer Landesarbeitsgemeinschaften. Sie erfordert Arbeit und Kommunikation.

Dabei ist zu diskutieren, ob es derzeit tatsächlich das politisch Wichtigste ist, unsere gesellschaftliche Vision detaillierter auszuarbeiten. Kommt es nicht vielmehr darauf an, die aktuelle politische Situation und das derzeitige gesellschaftliche Kräfteverhältnis genauer unter die Lupe zu nehmen? Zu erkunden, wie wir dem verheerenden Rechtsruck in der Gesellschaft hier und heute erfolgreicher begegnen können? Welche praktikablen Maßnahmen wir von unseren Forderungen nach globaler sozialer Gerechtigkeit und unseren Friedensideen ableiten müssen? Der Stadtverband der LINKEN von Chemnitz hat im November 2017 mit einer Diskussion um eine linke Zukunftsvision Chemnitz 2030 die ersten Weichen für das Wahlkampfjahr gestellt. Sicher wird er - wie auch andere Stadt- und Kreisverbände - für die Wahlkämpfe außerdem eine Vision für die nächsten Jahre erarbeiten und daraus schlussfolgern, wie die aktuellen politischen Probleme gelöst werden müssten und könnten.

Um die Meinungen der Mitglieder zu erfassen, hat der Landesparteitag die Durchführung einer Mitgliederbefragung beschlossen. Zunächst ist Sorge zu tragen, dass die Standpunkte unserer Mitglieder in den Topf gelangen, aus dem dann - ebenfalls nach Beschluss des Landesparteitages - 15 Vorschläge für die schriftliche Mitgliederbefragung entnommen werden. Als Maßstab wird dabei die grundsätzliche und landesweite politische Bedeutung der Vorschläge gelten. In allen Kreisverbänden werden Regionalkonferenzen durchgeführt, auf denen sich der/die Spitzenkandidat/en stellt/en und die Mitglieder die Möglichkeit erhalten, "sich zu den inhaltlichen Schwerpunkten zur Landtagswahl auszutauschen." Im Vogtlandkreis findet diese Regionalkonferenz am 23. Oktober statt. Unsere Ortsverbände sollten sich gründlich darauf vorbereiten und möglichst konkrete Vorschläge und Forderungen vorbereiten. Natürlich kann auch jede Genossin und jeder Genosse unabhängig von der Regionalkonferenz Vorschläge an die Abstimmungskommission einreichen (Ad-

resse ist die Landesgeschäftsstelle der LINKEN). Diese Kommission wird dann am 1. November die 15 Vorschläge für den Stimmschein auswählen. Die Stimmscheine werden am 13. November versendet, bis zum 30. November 18 Uhr müssen sie bei der Landesgeschäftsstelle oder einem angegebenen Postfach ausgefüllt wieder eingegangen sein.

Am 1. Dezember wählt dann die Abstimmungskommission im Rahmen einer parteiöffentlichen Auszählung aus den 15 Fragen die acht Fragen aus, die die meisten Zustimmung erhalten haben. Diese acht Fragen werden dann dem Landesparteitag für die Schwerpunktsetzung des Landtagswahlkampfes empfohlen.

Antje Feiks hat als Landesvorsitzende geäußert, sie wolle nicht nur von der LINKEN als einer Mitgliederpartei fabulieren, sie wolle, dass wir eine sind. Beweisen wir, dass das möglich ist!

Dr. Dorothea Wolff

*Genauere Hinweise zur Mitgliederbefragung sind im Beschluss der 3. Tagung des 14. Landesparteitages F.2. nachzulesen (im Internet unter DIE LINKE Sachsen/ 3. Tagung des 14. Landesparteitages/ Beschlüsse. Der Beschluss kann auch beim Kreisvorstand angefordert werden).*

*Im § 6 (1) heißt es dazu: "(1) Fragenvorschläge für die Mitgliederbefragung sind über die Kontaktadresse der Landesgeschäftsstelle bei der Abstimmungskommission einzureichen. Die Fragenvorschläge sollen nicht länger als 150 Zeichen sein. Zu den Fragenvorschlägen kann eine Begründung in der Länge von maximal 500 Zeichen eingereicht werden. Die Fragenvorschläge sind schnellstmöglich im Internet zu veröffentlichen.*

*(2) Zu eingereichten Fragenvorschlägen besteht die Möglichkeit der Für- und Gegenrede. Diese sollen jeweils nicht länger als 500 Zeichen sein und sind über die Landesgeschäftsstelle bei der Abstimmungskommission einzureichen."*

## Weihnachtsmarkt für Plauener Händler attraktiver gestalten

Nach einer Anfrage des LINKEN-Stadtrates Lars Legath in der Sitzung des September Stadtrates führte die Verwaltung aus, dass 23 Stände auf dem Weihnachtsmarkt von Plauener Händlern betrieben werden. Was auf den ersten Blick gut klingt, wird jedoch durch die Aufschlüsselung der Standarten relativiert. Gerade einmal 7 Warenhändler befinden sich unter den Plauener Händlern auf dem Weihnachtsmarkt, nur 2 produzieren Waren für ihren Stand selbst.

Dazu erklärt Lars Legath, Stadtrat und Mitglied im Wirtschaftsförderungsausschuss: „Mit dieser Bilanz stellt sich die Stadtverwaltung selbst kein gutes Zeugnis aus. Sie muss sich fragen, ob der Weihnachtsmarkt für die Händler attraktive Konditionen bietet, welche ihre Waren in der Spitzenstadt produzieren und Plauenerinnen und Plauener in ihren Betrieben beschäftigen.“

Von der Verwaltung wird immer wieder betont, dass man genug Anfragen von Händlern hätte, die gerne auf dem Weih-

nachtsmarkt stehen würden. Sieht man sich den Weihnachtsmarkt mit teilweise mehreren identisch aussehenden Ständen und die Antwort auf meine Anfrage an, muss man diese Aussage hinterfragen. Für dieses Jahr wird sich leider kaum noch etwas an der Situation ändern lassen. Für die nächste Saison muss die Stadtverwaltung eine Satzung vorlegen, welche die wirtschaftliche Attraktivität für die Plauener Händler verbessert. Auch unsere Wirtschaftsförderung könnte dazu beitragen, dass sich Gewerbetreibende, die sich bis jetzt noch nicht präsentieren beteiligen.

Ich bin überzeugt davon, dass dies den Weihnachtsmarkt wieder attraktiver für Besucherinnen und Besucher macht. Auch für jene, die nicht aus unserer Stadt kommen. Wir als Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Plauen werden den Prozess um die Gebühren und die Gestaltung des Weihnachtsmarktes weiterhin kritisch begleiten und uns nicht auf dem Ist-Stand ausruhen.“~

## BEHÖRDENHANDELN IST NICHT NACHVOLLZIEHBAR!

zum Bau der B92

Die Probleme mit dem geplanten Bau der B92 in Oelsnitz/Vogtl. scheinen nicht abzureißen. Aber anscheinend hat das verantwortliche Amt bis heute nicht verstanden, dass man mit den Grundstücksbesitzer zusammenarbeiten muss und nicht gegen sie.

Die Bundesstraße B92 soll saniert werden, unter anderem im Bereich der Stadt Oelsnitz. Obwohl schon seit längerer Zeit Klärungsbedarf für Anlieger der Straße besteht, haben jetzt die Behörden, trotz Einspruch, eine Baugenehmigung für den Abschnitt erteilt.

Dazu erklärt Janina Pfau, Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete der LINKEN Vogtland: „Ich glaube die Bürgerinnen und Bürger haben uns in den letzten Jahren klar gemacht, dass sie bei wichtigen Entscheidungen einbezogen werden wollen und auch deren Einsprüche ernstgenommen werden müssen.“

Doch leider zeigt die Diskussion, dass genau dieses wieder einmal nicht passiert ist. Es kann doch nicht sein, dass eine Baumgenehmigung erteilt wurde, obwohl ein großer Teil der Betroffenen noch gar nicht weiß, was für deren Grundstück geplant ist und andere Grundstückbesitzer eine Stützmauer pflegen sollen, die ihnen gar nicht gehört.

Solch ein Behördenhandeln ist in keiner Weise nachvollziehbar und ich fordere die Landesdirektion auf, nicht auf Gutsherrenart zu agieren sondern mit den Betroffenen eine gemeinsame Lösung zu finden, anstatt trotzig darauf hinzuweisen, dass die Grundstücksbesitzer klagen könnten. Die Pflege der Stützmauer ist Aufgabe des Freistaates, denn nur dadurch kann auch sichergestellt werden, dass die Pflege auch sachgerecht und regelmäßig durchgeführt wird.“~